

Bürokratischer Überfluss: Aufschrei der Ärzte



Mag. Kristin Posch

Gesundheitswesen international: „Von der Wiege bis zur Bahre: Formulare, Formulare“ – Längst können Österreichs Ärztinnen und Ärzte über dieses Sprichwort nicht mehr schmunzeln, denn sie werden von der überbordenden Bürokratie geradezu überrollt. Der Unmut darüber wächst kontinuierlich und die Rufe nach Protestaktionen werden immer lauter. Auch die Österreichische Ärztekammer hat nun erstmals öffentlichkeitswirksame Protestmaßnahmen angedacht. Drohen also „deutsche Verhältnisse“ auch in Österreich?

Erst kürzlich hat sich in der Ärzteschaft eine Welle der Empörung aufgetürmt, als die *Kronen Zeitung* eine Studie zitierte, in der von einer angeblich 20-stündigen Zeitersparnis für jeden Arzt pro Monat durch die E-Card die Rede war.

Die Realität sieht anders aus: Mit immer mehr Vorschriften müssen sich die Ärzte auseinandersetzen, die ihnen verpflichtende Dokumentationsvorgaben oder die Anschaffung von technischen Neuerungen vorschreiben. Die Zeit, die vor oder nach Erledigung der administrativen Zusatzaufgaben für die Patienten übrig bleibt, wird immer geringer. Die Zettelwirtschaft gewinnt die Überhand, während die eigentlichen ärztlichen Tätigkeiten stetig in den Hintergrund gedrängt werden.

Die zusätzlichen Vorschriften ziehen sich durch sämtliche medizinische Bereiche: Spitäler wie Ordinationen sind davon betroffen. Bei den angestellten Ärztinnen und Ärzten wirken sich die zusätzlichen Tätigkeiten in den überlangen Arbeitszeiten aus. Die niedergelassene Ärzteschaft wiederum muss sich mit finanzieller Mehrbelastung auseinandersetzen.

Der Unmut der Ärzteschaft über den nicht enden wollenden Zufluss an bürokratischen Zusatzaufgaben wächst stetig: Rufe nach Protestaktionen sind längst keine Einzelfälle mehr.

Mehraufwand im extra- und intramuralen Bereich

Reformen sollten für Vereinfachung sorgen. Die Gesundheitsreform hat den Ärzten aber bisher nur zusätzliche bürokratische Tätigkeiten auf-

gebürdet. Als Negativbeispiel muss nach wie vor die Einführung der E-Card gelten. „Statt einer Vereinfachung des Ordinationsalltags hat die Karte nur zu weiteren finanziellen und administrativen Belastungen geführt“, betont der Vizepräsident der Ärztekammer für Wien und Obmann der Kurie niedergelassene Ärzte, Johannes Steinhart. Schuld daran seien regelmäßige technische Probleme in den Ordinationen sowie die hohen Kosten, die für Ärztinnen und Ärzte bei einer sinnvollen Arbeit mit dem System anfielen.

Auch der Erstattungskodex der Kassen im Zuge der Chefarztpflicht Neu stellt ein regelmäßiges Ärgernis für die Ärzteschaft dar. Speziell im extramuralen Bereich gilt der Kodex als einer der großen Mehrbelastungsverursacher: Er ist unpraktikabel und enthält Regelungen, die

sachlich und medizinisch nicht gerechtfertigt sind. So werden etwa Bewilligungen bei ein- und demselben Medikament und bei ein- und derselben Begründung je nach Kasse und Bundesland unterschiedlich gehandhabt.

Patienten und Ärzte sind durch diese Handhabungen natürlich verunsichert. Schließlich sind in manchen Fällen Medikamente, die früher problemlos bewilligt wurden, durch die neuen Regelungen nun sehr viel schwieriger zu bekommen.

Dass durch administrative Zusatzaufgaben die Arbeitsbelastung für Österreichs Ärztinnen und Ärzte in den letzten Jahren stark angestiegen ist, ergab auch eine kürzlich veröffentlichte Umfrage der Österreichischen Ärztekammer (ÖÄK). Die dabei befragten 600 Ärztinnen und



Die Zettelwirtschaft gewinnt die Überhand.

Foto: www.BilderBox.com

Ärzte stellten fest, dass die Mehrbelastung jedenfalls nicht den Patienten zugute kommt. Zudem zeigte sich in der Studie, dass die Ärzte keinerlei Verbesserungen durch die Gesundheitsreform erkennen können. Im Gegenteil: 58 Prozent der niedergelassenen Mediziner und 37 Prozent der Spitalsärzte sehen sogar eine Verschlechterung der Versorgung der Patienten innerhalb der letzten Jahre.

Die Tatsache, dass Ärztinnen und Ärzte in den Spitälern nur mehr 63 Prozent ihrer Arbeitszeit ihren Patienten widmen können, belegt diese Ansichten.

Auch die Turnusärzte sind von dem Übermaß an Bürokratie betroffen: Bereits die Hälfte ihrer Zeit müssen sie für administrative Tätigkeiten aufwenden.

Wie sich die Mehrbelastung der Mediziner äußert, veranschaulichen die Erlebnisberichte von Ärztinnen und Ärzten aus ganz Österreich auf einer eigens dafür eingerichteten Homepage der ÖÄK. Auf www.buerokratiestopp.at schreibt beispielsweise ein Unfallchirurgischer Facharzt: „Wir verbringen mindestens 50 Prozent unserer Zeit in der Ambulanz mit Ausfüllen von Zetteln und Bedienen des Computers. Für den Patienten bleibt immer weniger Zeit, die Wartezeiten werden immer länger. Als Facharzt fühlt man sich in der Kompetenz hinterfragt, wenn ambulant zugewiesene MR- oder CT-Untersuchungen vom Chefarzt abgestempelt werden müssen, umso mehr, wenn dies im Vorraum durch die Sekretärin gemacht wird!“ Ähnliche Berichte, in denen die Ärzte ihren Unmut über die Auflagen der Chefarztpflicht äußern, sind auf der Homepage vielfach nachzulesen.

Lange Arbeitszeiten und ein überdimensionaler Anteil der Arbeitszeit, der von Verwaltungs-

aufgaben in Anspruch genommen wird, schieben die Sorge der Ärzteschaft zu bestätigen, dass sich diese Zustände langfristig auf die Versorgungsqualität der Patienten auswirken könnten.

Finanzielle Belastungen für Arztpraxen

Speziell die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte mussten sich in den vergangenen Monaten mit einer Fülle an bürokratischen Auflagen auseinandersetzen. Im Zuge der Chefarztpflicht Neu wurden den Medizinerinnen Dokumentationsvorgaben auferlegt, an die sie sich akribisch zu halten haben. So sind beispielsweise für die „Gelbe Box“ teils umständliche Begründungen von den Ärzten auszufertigen. Auch die Vorsorgeuntersuchung Neu verlangt auf Grund der strikten Vorlagen von den Ärzten viel Zeit und Geduld. Daneben bringen Fax-Bewilligungen für Heilbehelfe und Hilfsmittel und ständig neue Kontrollvorschriften der niedergelassenen Ärzteschaft zusätzlichen Arbeitsaufwand, der sich auch in finanziellen Belastungen äußert.

Zu guter Letzt kommen dann auch noch die Unannehmlichkeiten mit der E-Card hinzu. „Bei technischen Störungen stehen die Kolleginnen und Kollegen vor dem Problem, keine kompetenten Ansprechpartner für die Lösung ihrer Probleme zu haben“, so Steinhart. Damit sei ein „enormer Zeitverlust“ für jeden niedergelassenen Arzt verbunden.

Dass die niedergelassene Ärzteschaft neben dem erhöhten Zeitaufwand auch finanziell massiv belastet wurde, zeigt auch eine Studie, die von der Bundeskurie niedergelassene Ärzte in Auftrag gegeben und Anfang 2006 veröffentlicht wurde.



„Statt einer Vereinfachung des Ordinationsalltags hat die Karte nur zu weiteren finanziellen und administrativen Belastungen geführt.“

Foto: www.BilderBox.com

Dabei wurden die Auswirkungen von durch die Gesetzgebung vorgegebenen administrativen Maßnahmen auf Ordinationen von Allgemeinmedizinerinnen sowie von Internisten untersucht. Das ernüchternde Ergebnis: Allgemeinmediziner müssen um 13,11 Prozent mehr vom Erlös der Praxis abgeben. Ordinationen von Internisten sind mit 14 Prozent mehr belastet.

Im Zuge der Untersuchung wurden Daten aus sehr unterschiedlichen Bereichen ermittelt, wie etwa die Kosten, die durch zusätzliche EDV-Investitionen und deren Enthaltung entstehen. Ebenfalls untersucht wurden die Belastungen, die sich aus dem Heilmittelsystem Neu ergeben, die im Zusammenhang mit dem Erstattungskodex und dem automatischen Bewilligungsservice stehen. Dabei hat sich gezeigt, dass in den Ordinationen der Allgemeinmediziner das neue Heilmittelsystem die höchsten Kosten verursacht und 33 Prozent der Gesamtbelastungen ausmacht. An zweiter Stelle stehen EDV-Kosten mit 13 Prozent sowie Hygiene- und Arbeitnehmerschutz mit je elf Prozent.

Bei den Internisten steht an erster Stelle der Arbeitnehmerschutz mit 32 Prozent, ihm folgen EDV-Kosten mit 17 Prozent und elektromedizinische Kontrollen sowie Hygiene mit jeweils 16 Prozent.

Spitalsärzte leiden unter schlechten Arbeitsbedingungen

Auch die Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern mussten in den letzten Jahren einen deutlich höheren Arbeitsaufwand feststellen. In der eingangs zitierten ÖÄK-Umfrage bestätigen fast drei Viertel der befragten Spitalsärzte, dass die Arbeitsbelastungen viel größer geworden sind. Zusätzlich hätten sich die Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert, kritisiert rund jeder zweite Befragte.



Die Gesundheitsreform hat den Ärzten bisher nur zusätzliche bürokratische Tätigkeiten aufgebürdet.

Foto: www.BilderBox.com



Allgemeinmediziner müssen um 13,11 Prozent mehr vom Erlös der Praxis abgeben.

Foto: www.BilderBox.com

Die Unzufriedenheit der Spitalsärzte äußerte sich nicht zum ersten Mal in einer Umfrage. Bereits im Jahr 2003 hatten die Spitalsärzte bei einer Befragung die zunehmende Bürokratie als ausschlaggebenden Faktor genannt, der sich zulasten ärztlicher Tätigkeit auswirkt.

In erster Linie wird der Personalmangel für die schlechten Arbeitsbedingungen verantwortlich gemacht. Immerhin 38 Prozent der Befragten, so die letzte ÖÄK-Umfrage, äußerten sich in diese Richtung. 27 Prozent nannten „allgemeine Sparmaßnahmen“ als Ursache und 21 Prozent sind der Meinung, dass Bürokratie hauptverantwortlich für die hohe Arbeitsbelastung sei.

Mehr als die Hälfte der Spitalsärzte gaben außerdem an, im Vergleich zu vor vier Jahren mehr Patienten im selben Zeitraum zu behandeln. 72 Prozent der befragten Spitalsärzte wünschen sich daher eine Verlagerung der Leistungen in den niedergelassenen Bereich.

Die Situation in den Krankenhäusern hat sich in den letzten Monaten insofern verschärft, als Spitalsärzte zukünftig auch an die Auflagen zur Verschreibungsökonomie gebunden sein könnten. Die verschreibenden Spitalsärzte müssten demnach die Chefarztpflicht vollziehen. „Anstelle von Maßnahmen, die dem Bürokratieabbau dienen, erteilt man uns also zusätzlichen administrativen Aufwand mittels des Erstattungskodex“, ärgert sich die Obfrau der Kurie angestellte Ärzte und Vizepräsidentin der Ärztekammer für Wien, Gabriele Kogelbauer. Auf den ersten Blick wirke diese Maßnahme natürlich patientenfreundlich, „aber wenn das Usus wird, dass die Patienten wegen eines Rezeptes ins Spital kommen, können wir uns vor administrativen Tätigkeiten gar nicht mehr retten“.

Auch die geplante Abgabe von Medikamenten-Großpackungen sei eine höchst bedenkliche Entwicklung. Derzeit bekommen Patienten lediglich die Menge an Arzneimitteln, die sie bis

zum nächstmöglichen Arzttermin brauchen. „Mit der Abgabe von Großpackungen besteht für die Patienten kein Grund mehr, zum Hausarzt zu gehen“, so Kogelbauer. Eine Verschlechterung der Versorgungsqualität wäre die Konsequenz.

Turnusärzte ebenfalls stark betroffen

Und auch die Jungmediziner sind massiv von den schlechteren Arbeitsbedingungen betroffen: Sie können durchschnittlich nur die Hälfte ihrer Arbeitszeit damit verbringen, am Patienten selbst zu lernen. Die andere Hälfte wird von medizinfremden Angelegenheiten in Anspruch genommen.

Bereits 2005 hatte eine weitere Studie der ÖÄK ergeben, dass sich 68 Prozent der Turnusärzte „als Sekretärin zweckentfremdet“ fühlen. „Überspitzt ausgedrückt könnte man sagen, dass nahezu jede ärztliche Tätigkeit vor, während und nach der Verrichtung durch jeweils mindestens ein Formular beantragt beziehungsweise dokumentiert werden muss, um daran anschließend zu dokumentieren, dass man dokumentiert hat“, beschreibt die Obfrau der Sektion Turnusärzte der Ärztekammer für Wien, Martina Platzer, die derzeitige Situation im Spital.

Im Zuge der aktuellen ÖÄK-Umfrage gaben nun sogar 51 Prozent der befragten Spitalsärzte an, dass sich die Arbeitsbedingungen für Turnusärzte in den letzten Jahren „sehr“ oder „eher verschlechtert“ hätten. „Sinnlose und unzumutbare Administrationsaufgaben gehö-

ren ersatzlos gestrichen“, fordert Platzer daher. Die notwendige Bürokratie müsse von Verwaltungsbeamten und Schreibkräften erledigt werden. Die Jungmediziner sollten nicht länger „alle ungeliebten Arbeiten“ der verschiedenen Berufsgruppen zugeschoben bekommen, sondern „wirkliche und qualitativ gute Ausbildung“ erfahren, betont Platzer. Man werde sich in Zukunft entscheiden müssen, ob man „ein noch weitgehend funktionierendes Gesundheitssystem“ erhalten und verbessern wolle, oder ob man „unter dem alleinigen Diktat der Ökonomie deutsche oder gar englische Zustände“ haben wolle, „wo Ärzte für die Aufrechterhaltung einer schlechten Basisversorgung importiert und Patienten wegen nicht mehr angebotener Leistungen exportiert werden müssen“.

Sollte man also vielleicht doch den – vermutlich nicht ganz ernst gemeinten – Ratschlag eines Arztes bei einer kürzlich stattgefundenen Medizinveranstaltung realisieren und an der Universität ein neues Pflichtfach mit dem Titel „Einführung in die Bürokratie“ für angehende Jungmediziner einführen?

Damit würde sich zwar der bürokratische Ballast nicht automatisch reduzieren. Aber zumindest könnten sich Medizinstudenten früh genug darauf einstellen, was sie im Berufsalltag so alles erwartet.

Mag. Kristin Posch,
Pressestelle der Ärztekammer für Wien,
Weihburggasse 10-12,
1010 Wien/Österreich

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus „doktorinwien“, 7-8/2006, Seite 18 ff.



Mindestens 50 Prozent ihrer Zeit verbringen Turnusärzte mit Ausfüllen von Zetteln und Bedienen des Computers.

Foto: www.BilderBox.com